

Schweiz

Steuerabkommen. Die SVP will nichts wissen von der Abgeltungssteuer mit Deutschland. Sie kämpft in dieser Frage Seite an Seite mit der SP. **Seite 5**

International

Kehrtwende. Aung San Suu Kyi, Oppositionsführerin in Burma, hat nach langem Zögern doch noch den Eid auf die Verfassung geschworen. **Seite 9**

Wirtschaft

Grossbank. Vermögensverwaltung und Neugeldzufluss bringen der UBS im ersten Quartal Lob ein. **Seite 13**

Investitionen. Die IWB haben 2011 mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert als verkauft. **Seite 14**

Vermögen. Aliko Dangote, Nigerianer, ist der reichste Mann Afrikas. Er machte sein Vermögen mit Zement. **Seite 15**

Sport

Neuer Rekord. Meister FCB besiegt den FC Thun 2:1 (1:1) und bleibt damit zum 24. Mal in Serie ungeschlagen – Rekord in der Neuzeit. **Seiten 24, 26**

Basel

Prestigeprojekt. Mit dem Bebauungsplan legt Basel den Grundstein für den Campus Schällemattli. **Seite 28**

Ersatzabgabe. Das revidierte Feuerwehrgesetz ist in der zuständigen Kommission heftig umstritten. **Seite 28**

Kultur

«Dr. Dee». Der britische Musiker Damon Albarn bringt seine zweite Oper in London auf die Bühne. **Seite 39**

Vater des Klingeltons. Ralph Simon spricht über Mobiltelefone, Entertainment und die digitale Zukunft. **Seite 40**

Wetter

Region. Der Donnerstag beginnt mit viel Sonne, im Laufe des Tages bilden sich vereinzelt Quellwolken. Isolierte Schauer sind möglich, die Temperaturen erreichen um 20 Grad. **Seite 38**

www.baz.ch

Heute online. Der Baselbieter Chemiekonzern Clariant gibt seine Quartalszahlen bekannt. Und die UBS hält heute im Zürcher Hallenstadion ihre Generalversammlung ab.



ANZEIGE

klubschule
MIGROS

Wir bringen Sie nach vorne.

Spanisch Anfänger/-innen Niveau A1 (Kleingruppe)
14. Mai 2012
Total 28 Lektionen

Beratung und Anmeldung: 058 575 87 00
oder online anmelden: www.klubschule.ch

Gesundheitsdirektion unter Beschuss

Die Geschäftsprüfungskommission des Landrats kritisiert Peter Zwicks Arbeit scharf

Von Alessandra Paone

Liestal. Die Arbeit der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) und somit auch jene des zuständigen Regierungsrats Peter Zwick (CVP) ist unbefriedigend bis schlecht. So lautet zusammengefasst das Fazit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrats. Diese hat auf eigene Faust das Vorgehen der VGD bei drei wegweisenden Geschäften untersucht: der Verselbstständigung der Kantonsspitaler, der Einführung der neuen Pflegefinanzierung und dem Neubau des Bruderholzspitals.

Die Vorgehensweise bei den drei untersuchten Geschäften weise auf «einige schwerwiegende Schwachstellen» innerhalb der Organisation der VGD hin, heisst es am Ende des sechseitigen

GPK-Berichts, der gestern veröffentlicht wurde und nun dem Landrat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Hauptkritikpunkt der GPK ist die mangelnde Projektorganisation. Bei allen drei Geschäften habe es die Direktion verpasst, eine Strategie zu entwickeln, um anstehende Fragen und Probleme zu bewältigen.

Grosse Mängel hat das landrätliche Kontrollorgan auch in der Zusammenarbeit der VGD mit anderen Direktionen sowie mit den landrätlichen Kommissionen festgestellt. Insbesondere bei der Ausgliederung der Spitäler habe die VGD den beratenden Kommissionen wichtige Unterlagen wie zum Beispiel die Businesspläne der einzelnen Spitäler vorenthalten. Auch habe sie trotz der eigenen knappen Kapazitäten bewusst auf die Unterstützung der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Finanz-

und Kirchendirektion verzichtet. Es sollte aber als oberstes Gebot gelten, sämtliche zur Verfügung stehenden Kräfte zu bündeln, um bei relevanten Fragen die grösstmögliche Sicherheit zu erreichen, hält die GPK fest.

Projektorganisation zwingend

Grundsätzlich wird im GPK-Bericht die Aufgabenaufteilung innerhalb der Direktion kritisiert: Zu viele strategische wie auch operative Geschäfte hingen von Generalsekretärin Rosmarie Furrer ab, weil sie als Einzige über ein immenses Fachwissen verfüge. Wegen der knappen Fachkompetenz hätten immer wieder externe Berater beigezogen werden müssen.

Um solche Missstände künftig zu vermeiden, empfiehlt die GPK der Regierung, Projektorganisations-Stan-

dards zu definieren und deren Anwendung in allen Direktionen verbindlich zu erklären. Bei direktionsübergreifenden Geschäften sei eine klare Projektorganisation zwingend. Der VGD rät die GPK, die Zusammenarbeit mit den landrätlichen Kommissionen sowie die interne und externe Kommunikation zu verbessern.

Gesundheitsdirektor Peter Zwick wollte gestern den GPK-Bericht nicht kommentieren. «Wir haben den Bericht zur Kenntnis genommen und jetzt drei Monate Zeit, Stellung zu nehmen. Mehr können wir zurzeit nicht dazu sagen», liess er über seinen Mediensprecher Rolf Wirz ausrichten.

Die von der BaZ befragten Landräte bezeichneten den GPK-Bericht mehrheitlich als «sehr heftig» und eher unüblich. **Seiten 2, 27**

Kommt es? Oder kommt es nicht?



Die Zeit wird knapp. Gegen die Durchführung des Basel Tattoo auf dem Kasernenareal hat der Verein «Heb Sorg zum Glibasel» Rekurs mit aufschiebender Wirkung eingereicht. Wann fällt dazu ein Entscheid? Die Zeit wird knapp; spätestens am 29. Juni sollte mit den Aufbauarbeiten begonnen werden. Nun hoffen die Organisatoren, mit einem Gesuch gegen diese aufschiebende Wirkung ihren Grossanlass doch noch durchführen zu können. Sukkurs erfahren sie dabei von dem soeben gegründeten Verein «zur Unterstützung des Basel Tattoo auf der Kaserne im Kleinbasel». **hef** Foto Keystone **Seite 31**

Zwei Oasen in der Wüste

Israel und die Schweiz

Bern/Jerusalem. Die Schweiz und Israel scheinen auf den ersten Blick wenig gemeinsam zu haben, zu unterschiedlich erscheinen uns Geschichte, Mentalität und Umgebung beider Länder. Doch schaut man genauer hin, entdeckt man eine Reihe von Parallelen: Der jüdische Staat und die Eidgenossenschaft sind, was ihre Einwohnerzahl betrifft, in etwa gleich gross. Beide sind einer grossen Zuwanderung aus kulturell stark unterschiedlichen Ländern ausgesetzt und beherbergen eine buntere ethnische und religiöse Mischung als ihre jeweiligen Nachbarn.

Trotz – oder gerade wegen – diesen Herausforderungen sind sie wirtschaftlich deutlich erfolgreicher als ihre Anrainerlande: Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sind prozentual höher, das Gesamtwachstum über die letzte Dekade stabil grösser und das Pro-Kopf-Einkommen ist jeweils das höchste der Region.

Was Israel betrifft, sprechen Ökonomen von einer «Villa im Dschungel». Wer dort leben darf, schätzt seine Freiheit hoch: Kein Nachbarland erlaubt ein ähnliches Mass an bürgerlicher Selbstbestimmung. Lebt die Schweiz auch – im Gegensatz zu Israel – mit ihren Nachbarn in Frieden, so ist doch auch sie freier als ihre Anrainere. Die Schweiz und Israel schätzen ihre Unabhängigkeit aus demselben Grund: Sie ist Bedingung für die Freiheit, und diese ist beiden Völkern wesentlich wichtiger als den meisten Europäern. **D.H.** **Seite 2**

ANZEIGE

Meteo-Reform wird teurer Flop

Hohe Kosten für Auslagerung

Bern. Der staatliche Wetterdienst MeteoSchweiz soll aus der Bundesverwaltung ausgelagert werden, um seine Wetterdaten vermehrt auf dem freien Markt anzubieten: Das war der Plan des Bundesrats. Politisch ist die Reorganisation jedoch so gut wie gescheitert, nachdem sich dieses Frühjahr sowohl die Finanz- wie auch die Umweltkommission des Nationalrats einstimmig dagegen ausgesprochen haben. Beim Bund sind für die Reform indes bereits beträchtliche Kosten entstanden: Rund 725 000 Franken hat der Bund seit 2010 für die Arbeiten an der inzwischen aussichtslosen Gesetzesänderung eingesetzt. Das zeigt eine Zusammenstellung, in welche die BaZ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz Einsicht erhielt. Rund 300 000 Franken entfielen dabei alleine auf Honorare von externen Beratern. **ac** **Seite 4**

Anschlag nach Obama-Besuch

Mindestens elf Tote in Kabul

Kabul. Wenige Stunden nach dem Blitzbesuch von US-Präsident Barack Obama in Afghanistan sind bei einem Taliban-Anschlag in Kabul mindestens elf Menschen ums Leben gekommen, darunter vier Angreifer. Ein Attentäter sprengte sich am Mittwoch vor einem von westlichen Ausländern genutzten Gebäudekomplex in einem Auto in die Luft, wie das Innenministerium mitteilte. Drei weitere seien auf das Gelände vorgedrungen. Einer davon habe dort seine Sprengstoffweste gezündet.

Der US-Präsident war eigens für eine elfminütige Rede nach Kabul gereist, um exakt auf den Jahrestag der Tötung Osama bin Ladens das Ende des Nato-Kriegeseinsatzes für 2014 zu verkünden. Mit dem 10 000-Kilometer-Trip lautete Obama den Auftakt zum Wahlkampf um die amerikanische Präsidentschaft ein. **flw/DPA** **Seite 6**

Gummischrot gegen Steine

Polizei räumt illegale Partys

Basel. Scharmützel zwischen Jugendlichen und Polizisten haben fast Tradition. Im März haben Vermummte vor dem alternativen Kulturzentrum Reitschule in Bern Polizeiautos angegriffen. Man erinnere sich aber auch an die polizeilichen Übergriffe auf Protestierer an der Demonstration gegen den G-8-Gipfel in Genua 2001, an welcher ein Carabinieri den 23-jährigen Globalisierungsgegner Carlo Giuliani erschoss.

Altbekannt ist auch der Links-rechts-Streit darüber, wer schuld ist: die zu repressiven Polizisten oder die zu aggressiven Jugendlichen. Nun ist Basel mitten in dieser Diskussion und zwar im Hinblick auf illegale Partys. Nachdem Beamte offenbar mit Grossaufgeboten und Gummischrot zwei Freiluftfeste räumten, sprechen Partygänger von Unverhältnismässigkeit und Polizisten von Notwehr. **afo** **Seiten 11, 30**

Englisch natürlich
1 Tag pro Woche

Kindergarten | Basisstufe | Primarschule. Bei uns können die Kinder schon ab dem Kindergarten natürlich eintauchen in die englische Sprache, ohne die Muttersprache zu vernachlässigen. **Neu ab August 2012 auch an der Primarschule 3. - 5. Klasse!**
Minerva Volksschule, Tel. 061 683 96 01

www.minervaschulen.ch



Kommentar

Knallharte Kritik an Zwick

Von Martin Brodbeck



Das ist dicke Post: Seit der Fichenaffäre in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts hat die landrätliche Geschäfts-

prüfungskommission (GPK) nie mehr eine derart scharfe Kritik an einer Direktion und damit an deren Amtsvorsteher geübt. Regierungsrat Peter Zwick (CVP) hat bei den drei wichtigsten Geschäften – Pflegefinanzierung, Spitalverselbstständigung, Planung Bruderholz Zentrum – auf der ganzen Linie versagt: keine Projektorganisation, schlechte Zusammenarbeit mit Parlament und anderen Direktionen und eine erschreckende Beratungsresistenz; beispielsweise gegenüber dem eidgenössischen Preisüberwacher bei der Pflegefinanzierung. In der Privatwirtschaft und in einem anderen demokratischen System mit Misstrauensvotum müsste der Chef den Hut nehmen. In unserem System hingegen kann Zwick das tun, was er am besten kann: die Probleme aussitzen. Dass er sich weigert, zu den Vorwürfen der GPK Stellung zu nehmen, ist typisch für seinen Regierungsstil. Doch spätestens 2015 – bei den nächsten Regierungswahlen – wird ihm die Rechnung präsentiert –, sofern er es dannzumal noch wagt, sich zur Wiederwahl zu stellen.

In einem anderen demokratischen System müsste der Chef jetzt den Hut nehmen.

Doch auf absehbare Zeit wird das Baselbiet mit einem Gesundheitsdirektor leben müssen, der ihm ausser hohen in den Sand gesetzten Planungskosten (Bruderholz) und Ärger (massiv überbewerteten Pflegeleistungen für Heimbewohner) bisher nicht viel gebracht hat. Einen milderen Umstand allerdings gibt es. Im Gegensatz zu seinem Basler Amtskollegen kann Zwick nicht auf einen ausgebauten Beamtenapparat mit Top-Chefbeamten zurückgreifen. Doch auch in der Personalpolitik hat Zwick seine Schwachstellen. So hat er sich nicht gescheut, einen treuen CVP-Parteisoldaten in eine Kaderposition zu heben. Wenn er bei der bevorstehenden Ernennung seines neuen Generalsekretärs ebenso verfährt, hat er seinen politischen Kredit endgültig verspielt. martin.brodbeck@baz.ch

Seite 27

ANZEIGE

Qualität ohne Kompromisse

BEA Halle 2.0 Stand B 006
WYSS MIRELLA
Telefon 041 933 00 74
6233 Büren



Bürgerliche Selbstbestimmung. Landsgemeinde in Appenzell Innerrhoden. Foto Keystone

Zwei Villen im Dschungel

Was Israel und die Schweiz miteinander verbindet

Von David Harnasch

Vor dem verheerenden Bürgerkrieg galt Libanon als «Schweiz des Nahen Ostens»: bergig, westlich-zivilisiert und politisch weitestgehend neutral. Tempi passati. Inzwischen ist viel geschehen. Heute steht fest: Der helvetische Ehrentitel gebührt nun dem südlichen Nachbarn Israel.

Bei nur knapp acht Millionen Einwohnern sieht sich Israel einer höheren Zuwanderung aus kulturell stark unterschiedlichen Ländern ausgesetzt und beherbergt eine buntere ethnische und religiöse Mischung als seine homogenen Nachbarn. Trotz – oder gerade wegen – dieser Herausforderungen ist es wirtschaftlich deutlich erfolgreicher als alle Anrainerländer: Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sind prozentual höher, das Gesamtwachstum über die letzte Dekade stabil grösser, das Pro-Kopf-Einkommen das höchste der Region. Nicht nur Wirtschaftsforscher sehen eine «Villa im Dschungel». Wer hier leben darf, schätzt seine Freiheit hoch: Kein Nachbarland erlaubt ein ähnliches Mass an bürgerlicher Selbstbestimmung.

Neid und Unverständnis

So sehr die Umgebung sich unterscheiden mag: Jede dieser Aussagen trifft gleichermaßen auf Israel und die Schweiz zu. Gerade aus deutscher Perspektive sind viele Parallelen der auf den ersten Blick so gegensätzlichen Länder erkennbar. Nationalstolz verbietet sich für uns Deutsche, was aber nichts daran ändert, dass wir Etatisten sind und folglich nach nationaler Auflösung in einer supranationalen EU streben. So blicken wir einerseits voller Unverständnis auf die kleinen Länder, denen ihre Unabhängigkeit so wichtig ist – und schicken andererseits Bewerbungen in die Schweiz, wo wir als ethnische Minderheit trotz aller postulierten «Deutschenfeindlichkeit» immer noch dramatisch besser dran sind als in der Heimat.

Israelischen Arabern mag von der Flagge bis zur Hymne vieles an ihrem Heimatland fremd scheinen – aber wenn sie vor die Wahl gestellt werden, von einem zu gründenden Land Palästina verwaltet zu werden, spricht sich die überwältigende Mehrheit für einen Verbleib im jüdischen Staat aus.

Die Schweiz und Israel schätzen ihre Unabhängigkeit aus demselben Grund: Sie ist Bedingung für die Freiheit, die beiden Völkern viel wichtiger ist als den meisten Europäern. Der wichtige jüdische Feiertag Pessach erinnert an die Befreiung der Israeliten aus ägyptischer Sklaverei. Auch der Schweizer Gründungsmythos basiert bekanntlich nicht auf militärischen Grosstaten irgendwelcher Adliger – sondern im Gegenteil auf

der Befreiung von einer als ungerecht empfundenen Feudalherrschaft. Nicht nur das Zusammenleben mit Minoritäten funktioniert in beiden Ländern erstaunlich gut, auch die Hauptbevölkerung ist ähnlich heterogen: Eine Aschenase aus Polen ist einem Mizrachi aus dem Iran kulturell ähnlich fremd wie ein Romand einem Zürcher. Aber man definiert sich doch bei allen Unterschieden als Jude beziehungsweise als Schweizer.

Vertrauen ins Militär

Spätestens beim Wehrdienst werden kulturelle Grenzen sowieso schnell hinfällig – und Freundschaften fürs Leben geschlossen. Nicht in Deutschland, wo die Wehrpflicht abgeschafft wurde, aber in den beiden wehrhaften Kleinstaaten. Während die Bundeswehr im Ruf steht, ein Auffangbecken für gescheiterte Existenzen zu sein, geniessen sowohl die Schweizer als auch die israelische Armee das Vertrauen der Bevölkerung. Dass Länder mit einer Schusswaffendichte wie in der Schweiz oder Israel somalische Verhältnisse vermeiden können, muss Deutschen, die ihrem eigenen Nachbarn kaum, ihrem Staat aber nahezu blind vertrauen, ein ewiges Rätsel bleiben.

Gar nicht rätselhaft sind dagegen die Gründe für die exzellente wirtschaftliche Performance Israels und der

Schweiz. Wissensdurstige Juden sind in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft ähnlich gut ausgestattet wie calvinistische fleissige Eidgenossen. Beide Länder haben den Entwicklungsschritt «Schwerindustrie» grossteils übersprungen und sind schnell von Agrar- zu Wissensökonomien aufgestiegen.

Beide Länder schätzen ihre Unabhängigkeit: Sie ist Bedingung für die Freiheit.

Reiner Grips ist ein wichtiges Exportgut – als Finanzdienstleistung wie als Softwarecode. Doch auch greifbare Güter exportieren beide Länder: Israels nach Börsenwert grösstes Unternehmen ist der Pharmakonzern Teva. Forscher in der Biotechnologie, die in Europa zu Tode reguliert wird, weichen aus in wissenschaftsfreundlichere Staaten und sitzen nun an der ETH oder am Weizmann Institute. Doch den Grossteil der Wirtschaft machen hier wie dort Mittelständler aus, ob sie nun sparsame Bewässerungssysteme oder Banknoten liefern: Die Schekel-Scheine werden bei Orell Füssli gedruckt.

Während EU-Europa vergreist und in Schulden ertrinkt, ist die Staatsverschuldung der Kleinstaaten leicht zu

schultern: Israel ist demografisch kerngesund bei 2,9 Geburten pro Frau. Die Schweizerin bekommt im Schnitt nur halb so viele Kinder, doch kann die Schweiz das durch Migration locker ausgleichen. Die will geschickt gesteuert sein, um dauerhaft zu funktionieren, doch zumindest aus Deutschland machen sich die Fleissigsten und Schlauesten auf den Weg in den Süden. Die Ärzte, die auf Steuerzahlerkosten für jeweils zirka eine viertel Million Euro ausgebildet und dann mit unzumutbaren Arbeitszeiten aus dem Land geekelt werden, sind nur das augenfälligste Beispiel. Die deutsche Wiedervereinigung findet in Wirklichkeit in Schweizer Hotels statt. Kein Wessi macht freiwillig Urlaub in den neuen Bundesländern, aber in Arosa kommt der Stuttgarter Zahnarzt an der Hotelbar ins Gespräch mit dem fleissigen Thüringer, der sie managt.

Hizbollah und Kavallerie

Zumindest in den letzten 67 Jahren erfreut sich die Schweiz wesentlich freundlicherer Nachbarn als Israel. Wenn Peer Steinbrück davon träumt, die «Kavallerie» auf Schweizer Banken zu jagen, ist das militärisch gewiss eine geringere Herausforderung, als wenn Scheich Nasrallah seine Hizbollah-Raketen auf Israel schiessen lässt. Aber ein gewisses Unbehagen über den fiskalpolitischen Fremdkörper in ihrer geografischen Mitte kann die EU nicht verleugnen. Die diplomatischen Angriffe auf die Schweiz als Fluchtort für Vermögende sind subtiler als die terroristischen Angriffe auf Israel als Fluchtort für Juden. Aber die Schweiz täte gut daran, ein ähnlich wirksames Instrumentarium gegen diese Art der Attacke zu entwickeln, wie Israel es in Form der weltbesten Armee gegen seine Gegner bereits hat. Denn nicht nur Israels Feinde profitieren in Wirklichkeit vielfältig von dem jungen Land, das einerseits vorzüglich als Sündenbock für das eigene Versagen herhält und andererseits als Regionalmacht eine gewisse Stabilität in einer chronisch labilen Weltengegend garantiert, während es sogar erklärte Feinde besser behandelt als deren eigene Regierungen. Die Lebenserwartung in Gaza ist zum Beispiel dramatisch höher als in Ägypten – eine positive Folge der vergangenen Besatzung.

Ganz im Gegensatz zu den Behauptungen europäischer Politfunktionäre profitieren auch jene Europäer von der Systemkonkurrenz durch die Schweiz, die nicht das Glück haben, hier zu leben oder ein Vermögen hier verwalten zu lassen. Die Eidgenossenschaft hat der Welt gerade dann viel zu bieten, wenn sie ihre Eigenarten offensiv verteidigt. Die nötige Chuzpe kann sie sich ja von Israel abgucken.



Demografisch kerngesund. Eine jüdische Schule im Norden des heutigen Israel (1937).

Foto Keystone

Schlechtes Zeugnis für Peter Zwick

Die Geschäftsprüfungskommission nimmt die Gesundheitsdirektion unter die Lupe – das Urteil fällt verheerend aus

Von Alessandra Paone

Liestal. Jahrelang wurde der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK) vorgeworfen, unkritisch und handzahn zu sein. Ihr gestern erscheinender Bericht über die Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) zeigt aber: Sie kann auch anders. Das Kontrollorgan des Kantonsparlaments hat auf eigene Faust das Vorgehen der VGD bei drei wichtigen Geschäften untersucht: der Verselbstständigung der Spitäler, der Einführung der neuen Pflegefinanzierung und dem Neubau des Bruderholzspitals. Das Fazit fällt vernichtend aus: Direktionsvorsteher Peter Zwick (CVP) und sein Team haben unbefriedigend bis schlecht gearbeitet.

Als grössten Mangel sieht die GPK die fehlende Projektorganisation. Bei allen drei Geschäften habe es die VGD verpasst, eine Strategie zu entwickeln, um anstehende Fragen und Probleme zu bewältigen. Dies sei insbesondere bei der Ausgliederung der Spitäler zu spüren gewesen. Viel zu spät sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Diese habe es trotz grossem Einsatz nicht geschafft, die voraussehbare Volksabstimmung noch vor dem Einführungstermin der Auslagerung durchzuführen.

Die interne Organisation der VGD wird ebenfalls infrage gestellt. Zu viele strategische wie auch operative Geschäfte hingen von Generalsekretärin Rosmarie Furrer ab, weil sie als einzige über ein immenses Fachwissen verfüge. Nach der Verselbstständigung der Spitäler und im Hinblick auf die bevorstehende Pensionierung der Generalsekretärin müsse man deshalb die Strukturen innerhalb der VGD, insbesondere auch die Stellenprozente des Generalsekretariats, differenziert hinterfragen.

Zwick nimmt keine Stellung

Auch die Zusammenarbeit mit anderen Direktionen und den Landratskommissionen lässt gemäss der GPK zu wünschen übrig. Genauso die interne und externe Kommunikation, die zwingend verbessert werden müsse.

Peter Zwick wollte gestern die Feststellungen der GPK nicht kommentieren. «Wir haben den Bericht zur Kenntnis genommen und jetzt drei Monate Zeit, Stellung zu nehmen. Mehr können wir dazu im Moment nicht sagen», liess er über seinen Mediensprecher Rolf Wirz ausrichten. Der Bericht wird nun dem Landrat vorgelegt. Danach hat die Gesamtregierung drei Monate Zeit, Stellung zu nehmen.



Unter Beschuss. Die Arbeit des Baselbieter Gesundheitsdirektors Peter Zwick (CVP) wird einmal mehr kritisiert. Foto Roland Schmid

Bei den befragten Landräten löste der GPK-Bericht verschiedene Reaktionen aus. Er sei glücklich, dass die GPK ihre Oberaufsicht ernst nehme und sich nicht scheue, Missstände klar zu benennen, sagt der Grüne Klaus Kirchmayr. GPK-Präsident Hanspeter Weibel (SVP) und Monica Gschwind (FDP), Verfasserin des Berichts, hätten tolle Arbeit geleistet. Über den Inhalt des Berichts zeigt sich Kirchmayr aber nicht überrascht: «Die GPK hat auf den Tisch gelegt, was die Grünen schon lange erkannt haben.» Auch SP-Landrat Daniel Mürger ist mit den Schlussfolgerungen

der GPK einverstanden. Der Bericht bestätige, was er befürchtet habe. «Nach diesen Feststellungen muss die Frage erlaubt sein, ob Peter Zwick im Gesundheitsbereich der richtige Regierungsrat ist.»

CVP sieht politisches Manöver

Vor Vorverurteilungen warnt indes der Freisinnige Christoph Buser. Die GPK habe zwar nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Dennoch wolle er zuerst Zwick's Version hören. Für den Grünliberalen Hans Furer ist der GPK-Bericht ein weiterer Beweis dafür,

dass grosse Geschäfte oft in einer Hausrückübung durchgeführt werden und kaum Zeit bleibe für die Meinungsbildung. CVP-Landrat Felix Keller ist hingegen überzeugt, dass Zwick und die VGD gut gearbeitet hätten. «Im Nachhinein ist man immer schlauer.» Keller vermutet hinter dem Bericht ein politisches Manöver. «Hanspeter Weibel will sich profilieren, indem er Zwick in die Pfanne haut.»

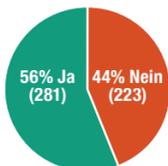
Diesen Vorwurf lässt Weibel aber nicht gelten. «Es ist kein Zwick-Bashing. Keller zielt auf den Mann, um abzulenken», stellt der GPK-Präsident klar. Die

GPK werde auch Geschäfte anderer Direktionen vertieft überprüfen. Immer wieder sei im Landrat im Zusammenhang mit gesundheitspolitischen Themen Kritik laut geworden. Deshalb habe sich die GPK für eine sogenannte Visitation der VGD entschieden, erklärt Monica Gschwind. Dass der Bericht für Zwick persönliche Folgen haben könnte, glaubt die FDP-Landrätin nicht. Die GPK habe sich bei der Untersuchung ausschliesslich auf die Geschäfte beschränkt. Der Bericht dürfe demnach nicht als politische Wertung verstanden werden. **Kommentar Seite 2**

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Müssen die Trams noch leiser werden?



Sind Sie für die Durchführung des Tattoos?

Um das Tattoo tobt ein Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern (Seite 31). Sind Sie für das Tattoo? www.baz.ch

ANZEIGE

Wyhuus am Rhy
Offenburgerstrasse 41
CH 4007 Basel
T +41 (0)61 222 25 00
www.wyhuus-am-rhy.com

Köstliches 5-Gang-Frühlingsmenü
mit exzellenten Weinen vom Kaiserstuhl.
Wo? Restaurant Johann St. Johannis-Ring 34, 4056 Basel
Was? 5-Gang-Menü mit je 2 Weinen, inkl. Apéro und Wasser.
Wann? Sa, 5. Mai 2012, 19 h
Preis? CHF 115.– p.P.
Reservation im Wyhuus

Öffnungszeiten:
Dienstag - Freitag 11-13 Uhr 15-18 Uhr
Samstag 10-14 Uhr

Fahnenstreit kommt ins Parlament

Die Drohung einer Reederei mit Wegzug aus Basel hat politische Folgen

Von Martin Regenass

Basel. Vor dem Haupteingang des Hotels Drei Könige weht eine blaue Flagge mit Aufschrift. Die Boutique Danoise in der Aeschenvorstadt platziert Flaggen nordischer Nationen über dem Eingang. Die Tourismusinformation am Barfi hat zwei rote Flaggen.

Eine Flagge hissen wollte auch der Chef der Mediterranean Shipping Company (MSC), René Mägli, und zwar an der Aussenfassade des Firmenstandorts an der Steinentorstrasse. Die Stadtbildkommission, hat ihm jedoch vor rund einem Jahr eine Absage erteilt. In einem Inserat in der BaZ droht Mägli nun mit dem Wegzug seiner Firma (BaZ berichtete), wohl mit Fahne in die Agglomeration. 114 Mitarbeiter beschäftigt er, grösstenteils Frauen. Nun erhält er Hilfe von politischer Seite. André Auderset hat eine Interpellation an die Regierung eingereicht. Der LDP-Grossrat fragt, wie sie die Verhältnismässigkeit zwischen dem Handeln der Verwaltung und der Konsequenz des möglichen Wegzugs beurteile.

Hanspeter Müller, Geschäftsführer der Stadtbildkommission, begründet

die Ablehnung der Flagge so: «Im Artikel 58 des Bau- und Planungsgesetzes, auf dessen Basis das Reklamekonzept entstanden ist, steht grundsätzlich, dass Fahnen für Feste und Feiern vorgesehen sind und nicht als Gebäudebeschriftungen.» Zur Beflaggung von Gebäuden sagt er: «Dies ist nicht die normale Art, wie Firmen ihre Gebäude beschriften dürfen. Es braucht dazu fixe Beschriftungen.»

Mägli aber sieht seine 1,5 mal 2,25 Meter grosse Fahne nicht als Werbung: «Wir sind keine Publikumsgesellschaft, wo jeder Passant eintreten kann. Wir sind eine Reederei mit Expeditionen als Kunden. Die Flagge ist nicht für Reklamezwecke. Sondern ein Stück Stolz.»

Knapp zehn Jahre lang vergessen

Der Kampf um die Fahne begann im März 2011 mit zwei Leuchtreklamen. Damals lehnte die Stadtbildkommission ein visualisiertes Gesuch der MSC für zwei Leuchtreklamen ab. Begründung: Eine Leuchtreklame reiche aus. «Zwei machen nur Sinn, wenn ein Gebäude sehr lang ist oder um eine Ecke geht. Darauf wollte die MSC eine Fahne», sagt

Müller. Eine Visualisierung für eine solche habe Mägli hingegen nicht eingereicht: «Ebenso hat er bei der Stadtbildkommission den negativen Entscheid nicht angefochten.»

Seinen Unmut über den Entscheid habe Mägli dann dem zuständigen Regierungsrat Hans-Peter Wessels (SP) mitgeteilt. Auf dessen Antrag sei das Geschäft noch einmal in der Gesamtkommission thematisiert worden. «Diese hat den ersten negativen Entscheid allerdings bestätigt», sagt Müller. Damit nahmen die Behörden Mägli den Wind aus der Fahne. Seither fühlt sich der MSC-Chef in Basel nicht mehr willkommen: «Als sie die Bedeutung der Flagge nicht erkannten und nicht bewilligten, legte ich deshalb keinen Rekurs ein.»

Die Fahne hat eine lange Geschichte: Einst wehte sie an der Marktgasse 6, weil sie bewilligt war und Mägli dafür Allmendgebühr bezahlte. Auch am Steinring hing sie draussen. Nach dem jüngsten Firmenumzug vor zehn Jahren geriet die Fahne aber bei Mägli in Vergessenheit. Weshalb braucht die Fahne jetzt? «Wir haben an der Steinentorstrasse mit 25 Leuten begonnen. Nun sind es 114. Es gab viel zu organisieren.»

ANZEIGE

academia
International School (ais)

Deutsch / Englisch

Progymnasium Sekundarschule

Die Alternative zur OS oder Sek. P/E

Bonergasse 75 Telefon 061 260 20 00
4057 Basel www.academia-international.ch